

# AGF EuropaNews

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2017

<b>Nachrichten von COFACE – Families Europe .....</b>	<b>1</b>
COFACE – Families Europe: Studie zu Bedürfnisse von pflegenden Angehörigen vorgestellt.....	1
Vereinbarkeitspaket – Gemeinsame Stellungnahme an Rat für Beschäftigung und Soziales.....	1
<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen.....</b>	<b>2</b>
EPIC aktualisiert Plattform und Inhalte .....	2
Vereinbarkeitspaket – estnische Ratspräsidentschaft übergibt Staffelstab an Bulgarien .....	2
EWSA und AdR: Stellungnahmen zum Vereinbarkeitspaket der Kommission.....	2
Sexueller Missbrauch von Kindern – Parlamentsentschließung zu EU-Richtlinie .....	3
Rat für Arbeit und Soziales einigt sich bei Barrierefreiheit für Produkte und Dienstleistungen.....	3
EWSA befasst sich mit Radikalisierung von jungen Menschen.....	3
Gemeinsame Erklärung gegen Gewalt gegenüber Frauen .....	3
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>4</b>
Österreich: Verfassungsgerichtshof fordert Ehe für alle.....	4
Schweiz lässt Angebot an Kinderbetreuung evaluieren .....	4
EGMR verurteilt Italien für Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare .....	4
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>5</b>
Netzwerk gegen Armut fordert konkrete Schritte zur Umsetzung der Europäischen Säule der sozialen Rechte .....	5
Eurochild veröffentlicht jährlichen Bericht zum Europäischen Semester .....	5
<b>Berichte und Studien.....</b>	<b>6</b>
Regelungen zum Väterurlaub in Europa .....	6
Europäische Erhebung zur Lebensqualität 2016 .....	6
UNICEF-Bericht: „The State of the World’s Children 2017 – Children in a Digital World“ .....	6
EIGE-Studie: „Study and work in the EU: set apart by gender“ .....	6
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>7</b>

## Nachrichten von COFACE – Families Europe

### COFACE – Families Europe: Studie zu Bedürfnisse von pflegenden Angehörigen vorgestellt

Auf ihrer Tagung am 30. November hat COFACE – Families Europe die Ergebnisse ihrer Bestandsaufnahme zu den Herausforderungen und Bedürfnissen von pflegenden/betreuenden Angehörigen (*family carers*) in Europa vorgestellt. Bei der Tagung waren Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreter/innen der Europäischen Kommission, verschiedener nationaler Regierungen sowie zivilgesellschaftlicher Akteure anwesend. Mit mehr als 1.000 Datensätzen aus 16 europäischen Staaten liefert der COFACE-Bericht „Who cares?“ vertiefte Informationen zur Situation der *family carers* in Europa und formuliert politische Empfehlungen, um deren Bedürfnisse besser zu befriedigen und ihre soziale Ausgrenzung zu bekämpfen. *Family carers* füllten wichtige Lücken in der sozialen Versorgung ihrer Kinder bzw. Verwandten, die aufgrund von Alter, Behinderung oder Krankheit Unterstützung bedürften. Laut COFACE – Families Europe entfallen derzeit 80 Prozent der Pflegearbeit in Europa auf Angehörige, 85 Prozent davon seien Frauen. Jede/r dritte Befragte sei mehr als 56 Stunden in der Woche in eine intensive Betreuung eingebunden. Die pflegenden und betreuenden Angehörigen stellten Europas unsichtbare Arbeitskräfte und damit eine der am wenigstens gehörten Gruppen dar. Mehr als 70 Prozent der Befragten erhielten keine finanzielle Entschädigung für ihre Arbeit und fast zwei Drittel hätten keinen Zugang zu Sozialleistungen. Deshalb stelle Armut eine große Bedrohung dar: Eine/r von drei Befragten gab an, dass er/sie aufgrund ihrer Fürsorgefunktion Schwierigkeiten hätte, finanziell über die Runden zu kommen. Aufgrund mangelnder Flexibilität am Arbeitsplatz mussten viele Betroffene ihre Erwerbstätigkeit reduzieren oder ganz beenden. Die Erhebung habe gezeigt, dass es in allen europäischen Ländern notwendig sei, die Situation von Angehörigen, die Pflege und Betreuung übernehmen, zu verbessern, denn kein Land habe sich durch eine adäquate Unterstützung hervorgetan. Es müsse deshalb intensiv in gemeindenahen Unterstützungsdiensten und verbindliche Vereinbarkeitsmaßnahmen investiert werden, um die soziale Inklusion und das Wohlergehen aller Familien zu erhöhen.

➤ [Zum Bericht](#)  

### Vereinbarkeitspaket – Gemeinsame Stellungnahme an Rat für Beschäftigung und Soziales

COFACE – Families Europe hat gemeinsam mit neun weiteren Organisationen die europäischen Arbeits- und Sozialminister aufgefordert, bei ihrer Ratssitzung am 7. und 8. Dezember die Grundlage dafür zu schaffen, dass das von der EU-Kommission vorgelegte Paket zur Vereinbarung von Familie und Beruf ohne Hemmnisse und Verwässerungen vorangetrieben wird. Der bisher bestehende rechtliche und institutionelle Rahmen für berufliche Auszeiten aufgrund von Geburt, Erziehungsverantwortung oder Pflege biete keine adäquaten Lösungen für die Bedürfnisse moderner Gesellschaften. Der Vorschlag der Kommission greife diese Bedürfnisse hingegen auf und müsse deshalb zügig angenommen und umgesetzt werden. Einige der darin enthaltenen Maßnahmen seien besonders wichtig, wie ein bezahlter Vaterschaftsurlaub von zehn Tagen, ein bezahlter Pflegeurlaub, ein nicht übertragbarer bezahlter Elternurlaub und das Recht, flexible Arbeitsbedingungen zu fordern. Diese würden das Leben vieler Europäer nachhaltig verändern und somit einen Beitrag zu einem sozialeren Europa leisten, in dem sich die Menschen wieder mehr einem europäischen Projekt verbunden fühlten. Die unterzeichnenden Organisationen begrüßen deshalb ausdrücklich die Europäische Säule der sozialen Rechte, die im November von den europäischen Institutionen proklamiert wurde.

➤ [Zur Erklärung](#)  

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EPIC aktualisiert Plattform und Inhalte

Die bei der EU-Kommission angesiedelte Europäische Plattform für Investitionen in Kinder (EPIC) hat ihr Internetangebot und die dort verfügbaren Informationen aktualisiert. In diesem Zusammenhang wurde auch der Bewertungsrahmen für die Praxisbeispiele überarbeitet, über die EPIC informiert. Sie bilden den Kernbestandteil der Plattform. Ihr Evidenzniveau wird anhand eines Bewertungsrahmens ermittelt, der drei Hauptkriterien berücksichtigt: 1) Wirksamkeitsnachweis, 2) Übertragbarkeit und 3) nachhaltige Wirkung der Praxis. Die Nutzer können die Sammlung nach Land, Thema, Altersgruppe, Zielgruppe und Art der durchführenden Organisation durchsuchen. Neben den Praxisbeispielen finden sich im Angebot der Plattform auch Studienberichte sowie *Policy Briefs* zu familienpolitischen Themen.

- [Zur Europäischen Plattform für Investitionen in Kinder](#)

### Vereinbarkeitspaket – estnische Ratspräsidentschaft übergibt Staffelstab an Bulgarien

Während des estnischen Ratsvorsitzes im zweiten Halbjahr von 2017 erörterte die Ratsarbeitsgruppe für soziale Fragen das Vereinbarkeitspaket der EU-Kommission in mehreren Sitzungen und konzentrierte sich dabei auf einige spezifische Elemente: Vaterschaftsurlaub, Pflegeurlaub und Elternurlaub sowie angemessene Lohnersatzleistungen. Sie hat nun einen Fortschrittsbericht über ihre Diskussionen veröffentlicht. Ab dem 1. Januar 2018 wird die bulgarische EU-Ratspräsidentschaft den Vorsitz bei den Beratungen über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie übernehmen.



- [Zum Fortschrittsbericht](#) 

### EWSA und AdR: Stellungnahmen zum Vereinbarkeitspaket der Kommission

Nach Ansicht des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist das Vereinbarkeitspaket, das die Kommission im April 2017 vorgelegt hat, ein Schritt in die richtige Richtung zu einer besseren Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben. Seine Inhalte und Auswirkungen müssten jedoch regelmäßig evaluiert und verbessert werden, heißt es in der Stellungnahme, die der EWSA am 6. Dezember verabschiedet hat. Über die im Paket vorgeschlagenen Regelungen hinaus sollten die Sozialpartner in ganz Europa ermutigt werden, zusätzliche praktische Vereinbarkeitslösungen zu prüfen, die den Besonderheiten der jeweiligen Arbeitsplätze, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, gerecht würden. Darüber hinaus bestehe Bedarf an Investitionen in qualitativ hochwertige, erschwingliche und verfügbare Betreuungsangebote für alle Familien sowie an steuerlichen Erleichterungen für erwerbstätige Eltern.

Auch der Ausschuss der Regionen (AdR) hat eine Stellungnahme zum Vereinbarkeitspaket verabschiedet und begrüßt darin den Übergang zu einer neuen Arbeitskultur, die die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie anerkennt. Allerdings wird bedauert, dass es keinen Hinweis auf die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in diesem Bereich gebe, obwohl viele Zuständigkeiten, die das alltägliche Familienleben betreffen, in ihren Kompetenzbereich fallen, beispielsweise Kinderbetreuung, Betreuung und Pflege älterer und behinderter Menschen, Bildung, soziale Dienste und die Arbeitsverwaltung. Der AdR fordert deshalb nachdrücklich, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aufgrund ihrer Nähe zu den Bürgern und Bürgerinnen, lokalen Arbeitgebern und Unternehmen in vollem Umfang an der Umsetzung der vorgeschlagenen neuen Regelungen beteiligt werden. Darüber hinaus ist der Ausschuss enttäuscht über das Fehlen von Vorschlägen zur Stärkung der

Mutterschaftsrechte, z. B. zum Kündigungsschutz über einen längeren Zeitraum und zum Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.

- [Zur Stellungnahme des EWSA](#) 
- [Zur Stellungnahme des AdR](#) 

### Sexueller Missbrauch von Kindern – Parlamentsentschließung zu EU-Richtlinie

Das Europäische Parlament hat am 12. Dezember eine Entschließung über die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern angenommen. Darin fordert es die Mitgliedstaaten auf, den Kampf gegen sexuellen Missbrauch und die Ausbeutung von Kindern zu verstärken. Die Mitgliedstaaten müssten insbesondere die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit zum Schutz von Kindern mit Migrationshintergrund intensivieren. Sie sollten auch Maßnahmen gegen neue Formen der Online-Kriminalität ergreifen und illegale Inhalte schnell aus dem Internet entfernen. Die Mitgliedstaaten sollten Kinderberatungsdienste fördern, die rund um die Uhr verfügbar, vertraulich und kostenlos sind, Hilfe und Unterstützung für Kinder bieten und den grundlegenden Anspruch der Kinder auf rechtliches Gehör erfüllen.

### Rat für Arbeit und Soziales einigt sich bei Barrierefreiheit für Produkte und Dienstleistungen

Der EU-Arbeits- und Sozialministerrat am 7. und 8. Dezember hat sich mit mehreren Legislativakten beschäftigt und dabei Zwischenfortschritte erzielt. Dem Rat gelang unter anderem eine sogenannte allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen. Durch diese Rechtsvorschriften soll es für Menschen mit Behinderungen wesentlich einfacher werden, Zugang zu Produkten und Dienstleistungen zu erhalten und somit ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe besser zu verwirklichen. Zu den Produkten und Dienstleistungen, die unter die Richtlinie fallen, gehören Computer-Hardware-Systeme für Verbraucher wie PCs, Tablets, Smartphones, elektronische Kommunikationsdienste, E-Commerce, E-Books, audiovisuellen Mediendienste, Verkehrsdienste (z.B. Fahrkartenautomaten und Reiseinformationen) und Bankdienstleistungen (Geldautomaten, Websites und mobiles Bankgeschäft). Auf der Grundlage der erzielten Einigung können nun Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufgenommen werden.

### EWSA befasst sich mit Radikalisierung von jungen Menschen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat am 6. Dezember eine Stellungnahme angenommen, die sich damit befasst, wie Radikalisierung junger Menschen verhindert werden kann. Darin wird Radikalisierung als ein Prozess verstanden, durch den Individuen oder Gruppen zu Extremisten werden, die Gewalt für ihre Zwecke einsetzen, fördern oder befürworten. In der Stellungnahme wird die Rolle der Zivilgesellschaft hervorgehoben, und es wird gefordert, die Arbeit an einem kohärenten EU-Konzept mit einer nachhaltigen Finanzierung und Koordinierung fortzusetzen.

- [Zur Stellungnahme](#) 

### Gemeinsame Erklärung gegen Gewalt gegenüber Frauen

Die EU-Kommission hat am 11. Dezember gemeinsam mit der OECD, dem Europarat und UN Women eine Verlautbarung zur „*Global Action to Combat Violence against Women*“ veröffentlicht. Die Institutionen wollen sich gemeinsam in einer strategischen Partnerschaft weltweit für die Gleichstellung der Geschlechter

und die Unterstützung von Frauen und Mädchen einsetzen, insbesondere auch gegen die Gewalt an Frauen und Mädchen. In ihrer Stellungnahme betonen sie, Gewalt gegen Frauen und Mädchen sei eine globale Epidemie und eine der häufigsten und schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen. Um den Wandel voranzutreiben, wollen sie auf höchster politischer und globaler Ebene dafür eintreten, dass geschlechtsspezifische Gewalt bald der Vergangenheit angehört.

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Österreich: Verfassungsgerichtshof fordert Ehe für alle

Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat am 4. Dezember den Weg für die Ehe für alle in Österreich freigemacht. Seine Entscheidung hat er mit dem Diskriminierungsverbot des Gleichheitsgrundsatzes begründet. Die diskriminierende Wirkung der bisherigen Regelung zeige sich darin, dass durch die unterschiedliche Bezeichnung des Familienstandes, nämlich „verheiratet“ versus „in eingetragener Partnerschaft lebend“, Personen in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft auch in Zusammenhängen, in denen die sexuelle Orientierung keinerlei Rolle spiele und spielen dürfe, diese offenlegen müssten und dadurch Gefahr liefen, diskriminiert zu werden. Falls der Gesetzgeber nichts anderes beschließt, wird es nun ab dem 1. Januar 2019 allen Paaren möglich sein zu wählen, ob sie eine Ehe oder eine eingetragene Partnerschaft eingehen – unabhängig von ihrer geschlechtlichen Konstellation.

### Schweiz lässt Angebot an Kinderbetreuung evaluieren

Das Schweizer Bundesamt für Sozialversicherungen hat in einer Evaluation die Frage klären lassen, inwieweit das bestehende Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung die Nachfrage jener Eltern zu decken vermag, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, eine solche aufnehmen möchten oder sich in Ausbildung befinden. Der nun vorliegende Bericht zeigt, dass das bestehende Angebot die Nachfrage nach wie vor nicht deckt. Zudem seien die Betreuungskosten für die Eltern zu hoch und das Angebot zu wenig auf ihre Bedürfnisse abgestimmt. Außerdem gebe es große regionale Unterschiede in der Versorgung mit Betreuungsplätzen. Die Autor/innen leiten daraus vier Empfehlungen ab: 1) Die bisherigen Anstoßfinanzierungen weiterzuführen, 2) die Betreuungsbeiträge für die Eltern zu senken, 3) die Potenziale von Tagesfamilien, die in Organisationen eingebettet sind, nutzen und fördern sowie 4) eine gesetzliche Grundlage für eine Kinderbetreuungsstatistik zu schaffen.

➤ [Zum Bericht](#) 

### EGMR verurteilt Italien für Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat am 15. Dezember Italien wegen der Nicht-Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen verurteilt. Italien weigert sich, gleichgeschlechtlichen Paaren, die im Ausland geheiratet haben, die Möglichkeit zu geben, ihre Ehe als irgendeine Form der zivilrechtlichen Partnerschaft eintragen zu lassen. Damit beraube das Land diesen Menschen ihres rechtlichen Schutzes und verletze ihr Recht auf Familie, erklärte der EGMR in Straßburg. Der Gerichtshof unterstrich, Roms Entscheidung, keine gleichgeschlechtlichen Ehen im Inland zu schließen, verstoße nicht gegen die Menschenrechte. Das Problem in der italienischen Gesetzgebung sei aber, dass gleichgeschlechtliche Paare keinerlei rechtliche Anerkennung für ihre bestehenden Ehen erhalten können. Geklagt hatten sechs Paare, die im Ausland geheiratet hatten und deren Ehen von italienischen Behörden nicht anerkannt wurden. In

diesen Fällen muss Italien eine Entschädigung von 5.000 Euro pro Kläger/in zahlen, die von vielen Kommentatoren als lediglich symbolisch bezeichnet wird.

## Weitere Nachrichten

---

### Netzwerk gegen Armut fordert konkrete Schritte zur Umsetzung der Europäischen Säule der sozialen Rechte

Im Vorfeld des Europäischen Rates am 7. Dezember hat das Europäische Netzwerk zur Bekämpfung der Armut in einem Schreiben an Ratspräsident Tusk gefordert, der Proklamation der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) konkrete Schritte folgen zu lassen. Der Rat solle einen Fahrplan zur schrittweisen Umsetzung der ESSR auf nationaler Ebene und zur sinnvollen Einbindung von Organisationen der Zivilgesellschaft und von Experten vorlegen. Die ESSR müsse nun als Kompass gelten, der eine Neugewichtung der wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten im Europäischen Semester erfordere. Zur weiteren Stärkung der sozialen Dimension der EU dürfe es außerdem nicht wie zuletzt nur alle 20 Jahre einen europäischen Sozialgipfel geben, sondern mindestens alle drei Jahre. Das inakzeptable Niveau von Armut und Ungleichheit sei die Hauptursache für das gegenwärtige politische Klima der Unsicherheit, des Populismus und der Euroskepsis. Deshalb müssten dringend Maßnahmen ergriffen werden, um die Gerechtigkeitslücken auf der Grundlage sozialer Rechte zu schließen.

### Eurochild veröffentlicht jährlichen Bericht zum Europäischen Semester

Der jüngste Jahresbericht von Eurochild über das Europäische Semester 2017 unter dem Titel „*Investing in children in the era of social rights*“ befasst sich schwerpunktmäßig mit der Kinderarmut und den Kinderrechten in 18 EU-Mitgliedstaaten. Darin heißt es, dass – obwohl das Europäische Semester in diesem Jahr stärker auf soziale Belange ausgerichtet gewesen sei – den EU-Mitgliedstaaten im Vergleich zu den Vorjahren weniger Empfehlungen zur Verringerung der Kinderarmut und zur Förderung des Wohlergehens der Kinder vorgegeben wurden. Zwar habe die EU ihre Wirtschaftsindizes verbessert, aber mehr als jedes vierte Kind sei nach wie vor von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Im kürzlich abgeschlossenen Europäischen Semester, dem jährlichen Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung der EU, habe es keine einzige Empfehlung gegeben, die die Verringerung der Kinderarmut zum Ziel gehabt hätte. Dies sei eine besorgniserregende Tendenz, da es im Jahr 2014 noch sieben solcher Empfehlungen gab. Darüber hinaus hätten widersprüchliche Empfehlungen es den Ländern erschwert, ihre wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten in Einklang zu bringen. So habe Spanien beispielsweise eine Empfehlung zur Verbesserung der Bildungsergebnisse durch Lehrerausbildung und individuelle Unterstützung der Schüler erhalten, was Investitionen erfordere. Gleichzeitig sei Spanien aufgefordert worden, eine umfassende Ausgabenüberprüfung durchzuführen, um Sparmaßnahmen zu fördern. Vor diesem Hintergrund enthält der Bericht von Eurochild alternative länderspezifische Empfehlungen, um die EU-Mitgliedstaaten zu ermutigen, in Kinder zu investieren.

➤ [Zum Bericht](#)  



## Berichte und Studien

### Regelungen zum Väterurlaub in Europa

„Neue Väter gesucht – Wie die Beteiligung von Vätern an Familienarbeit in Europa unterstützt wird“, so lautet der Titel des neuesten Newsletters der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa. Väter wollten und sollten sich mehr an Familienarbeit beteiligen, heißt es darin. In den europäischen Staaten bestünden vielfältige Politikansätze, um dies zu unterstützen: Vätermomate mit Lohnersatzleistung, Flexibilität bei der Inanspruchnahme und Vaterschaftsfreistellung rund um die Geburt. Der Newsletter beleuchtet, wie diese konkret ausgestaltet sind und welche Wirkung sie entfalten.

- [Zum Newsletter](#) 

### Europäische Erhebung zur Lebensqualität 2016

Die Europäische Erhebung zur Lebensqualität wird von der europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen durchgeführt und bietet Einblicke in die aktuelle Lebensqualität der Europäer und Europäerinnen. Die Erhebung wird seit 2003 alle vier Jahre durchgeführt. Am 7. Dezember erschienen die Ergebnisse auf der Grundlage empirischer Daten aus dem Jahr 2016. Sie gliedern sich in die drei Bereiche Lebensqualität, Qualität der Gesellschaft und Qualität öffentlicher Dienstleistungen. Die öffentlichen Dienstleistungen wurden in allen Ländern besser bewertet als zuvor, insbesondere dort, wo das Angebot an Gesundheitsdiensten und Kinderbetreuung in den Jahren zuvor schlecht abgeschnitten hatte. Weiterhin gebe es aber eine große Schere in der wahrgenommenen Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zwischen den verschiedenen europäischen Ländern.

- [Zum Webauftritt der Studie](#) 

### UNICEF-Bericht: „The State of the World’s Children 2017 – Children in a Digital World“

Der jährliche UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder der Welt beschäftigt sich in seiner 2017er Ausgabe mit dem Thema „Kinder in einer digitalen Welt“. Er beleuchtet die verschiedenen Lebensbereiche, in denen Kinder auf digitale Technologien treffen und zeigt dabei sowohl Gefahren als auch Chancen auf.

- [Zum Bericht](#) 

### EIGE-Studie: „Study and work in the EU: set apart by gender“

Das Europäische Institut für die Gleichstellung der Geschlechter (EIGE) identifiziert in einer aktuellen Studie die ungleichmäßigen Verteilungen von Frauen und Männern in Studium und Beruf als eine große Schwäche der europäischen Wirtschaft. Durch sie werde der Arbeitsmarkt weniger wettbewerbsfähig, und die Unternehmen hätten Schwierigkeiten, qualifizierte Fachkräfte zu finden. Dies gelte gerade in Wachstumsbranchen wie der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), dem Gesundheitswesen oder der Pflege. Die Arbeitsmarktsegregation nach Geschlecht führe dort zu einem reduzierten Talentpool, ungenutzten Potenzialen und unerfüllten Karrierewünschen.

- [Zum Bericht](#)  

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
18. Jan. 2018 Brüssel, Belgien	<a href="#">Fostering Active &amp; Healthy Ageing: Harnessing the Demographic Transition in the EU</a>	Public Policy Exchange
18.-19. Jan. 2018 Genf, Schweiz	<a href="#">CREAN Conference 2018: The impact of children's rights education and research on policy development</a>	Children's Rights European Academic Network (CREAN)
7.-9. Feb. 2018 Valletta, Malta	<a href="#">Couple Relationships in the 21<sup>st</sup> Century: Evolving Contexts and Emergent Meanings</a>	ICCFR, PFWS
9. Februar 2018 Brüssel, Belgien	<a href="#">Measuring the Effectiveness of Children's Rights</a>	NCRC Belgium, ChildONEurope
20. Feb. 2018 Brüssel, Belgien	<a href="#">Tackling Gender-Based Violence in Europe: Advancing Strategies to End Violence against Women and Girls</a>	Public Policy Exchange
6. März 2018 Brüssel, Belgien	QoC-Talk im Europäischen Parlament	Quality of Childhood Working Group (QoC)
10. April 2018 Brüssel, Belgien	<a href="#">Fostering Gender Equality in the Workplace: Developing Inclusive Labour Markets for Women Across</a>	Public Policy Exchange
20.-23. März 2018 Barcelona, Spanien	<a href="#">New and Emerging Family Forms Around the Globe</a>	IUSSP
3.-5. Mai 2018 Berlin, Deutschland	<a href="#">Parental life courses after separation and divorce</a>	Hertie School of Governance
28.-30. Mai 2018 Sevilla, Spanien	<a href="#">26th European Social Services Conference (ESSC) „Invest-Innovate- Transform: Empowering people and communities“</a>	ESSC
5. Juni 2018 Brüssel, Belgien	QoC-Talk im Europäischen Parlament	Quality of Childhood Working Group (QoC)
6.-9. Juni 2018 Brüssel, Belgien	<a href="#">European Population Conference</a>	European Association for Population Studies
2.-5. Sep. 2018 Prag, Tschechien	<a href="#">International Society for Prevention of Child Abuse and Neglect (IPSCAN) 2018 conference „Child Protection in the Changing World“</a>	IPSCAN
3.-6. Sep. 2018 Comer See, Italien	<a href="#">Postponement of Parenthood</a>	MPG, LSE, Bocconi University
4. September 2018 Brüssel, Belgien	QoC-Talk im Europäischen Parlament	Quality of Childhood Working Group (QoC)
5.-8. Sep. 2018 Porto, Portugal	<a href="#">9th ESFR Conference „Families through the lens of diversity“</a>	European Society on Family Relations (ESFR)
4. Dezember 2018 Brüssel, Belgien	QoC-Talk im Europäischen Parlament	Quality of Childhood Working Group (QoC)





Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

